

(S. 182) abgedreht worden sei. Durch diese buchstäblich ein-seitige Sichtweise tritt die beachtenswerte Kritik allzu sehr in den Hintergrund: „Demokratie muss hinfert durchs Nadelöhr der Justiz.“ (S.185) In der Tat. Diese Prä-Position, die die justizförmige Konfliktbewältigung gegenüber dem demokratischen Diskurs gewinnt, indem fundamentale Streitfragen durch Gerichte beantwortet werden, bedurfte und bedarf der vertieft analytischen und kritischen Würdigung. Auch der eher skizzenhafte Beitrag „Zur Rolle und Funktion der wissenschaftlichen Mitarbeiter im Entscheidungsprozeß des Bundesverfassungsgerichts – oder: eine juridische ‚black box‘ als Forschungsgegenstand?“ belegt das grundsätzliche Dilemma der Publikation: Einerseits macht der Verfasser treffsicher interessante Sujets ausfindig und konfrontiert sie mit brisanter Struktur- und Prozesskritik – so etwa, wenn er die These eines institutionell honorierten affirmativen Konformismus‘ der wissenschaftlichen Mitarbeiter beim BVerfG entwickelt. Andererseits bleibt er dem Primat der Ökonomie verhaftet: Seine Deutung des BVerfG als „Karlsruher Prozessbörse“ (S. 187) beispielsweise, an der die Nachfrage nach Entscheidungen befriedigt werden muss, wird nicht nur der Würde der Richter nicht gerecht, die sich kaum mit einer Rolle als Makler und Verkäufer in einer Person identifizieren dürften. Sie bietet darüber hinaus keinen methodischen Mehrwert.

Einem Leser, der sich auf die dem Charakter als Sammelband von Beiträgen aus 33 Jahren inhärente Zeitreise ebenso einlässt wie auf deren teilweise drastische Sprache, bietet die Lektüre von „Politik als Recht – Recht als Politik“ insbesondere zweierlei: erstens eine Fülle von Kritiken an Struktur und Folgen der Rechtsprechung des BVerfG (und, im letzten Beitrag, des Europäischen Gerichtshofes), die im verfassungsrechtlichen Binnendiskurs selten diskutiert werden und schon daher zum Weiterdenken und gegebenenfalls -forschen einladen. Und zweitens die Möglichkeit zu eigenen Antworten auf die Frage nach der Wechselbezüglichkeit zwischen analytischen Methoden und ihren historischen Hintergründen.

Sebastian Lovens

Schlüsselwörter in der Politik

Shrouf, A. Naser: Sprachwandel als Ausdruck politischen Wandels. Am Beispiel des Wortschatzes in Bundestagsdebatten 1949-1998, Peter Lang Verlag, Frankfurt am Main u.a. 2006, 349 Seiten, € 56,50.

Politik und Sprache stehen in einem engen Verhältnis, und beide wandeln sich. Die Frage ist, wie ihre Veränderungen sich gegenseitig bedingen. *A. Naser Shrouf* bezieht im Titel seiner sprachwissenschaftlichen Dissertation eine klare Position. Er sieht den Wandel von Sprache „als Ausdruck politischen Wandels“, letzterer ziehe Veränderungen ersterer nach sich. Politikwandel versteht der Autor als Regierungswechsel, eng bezogen auf den Wechsel des Hauptkoalitionspartners zwischen Union und SPD. Hauptsächlich interessiert ihn, „wie und inwiefern sich der Politikwechsel in der Sprache der Politik in Deutschland niederschlägt“ (S. 3) und wie das Sprachverhalten der jeweiligen Partei realisiert wird (in Regierungs- wie in Oppositionszeiten).

Grundlage der Arbeit ist die Annahme, dass Politikwechsel einen Wandel der Sprache bedingen, der im Wortschatz erkennbar und auch Ergebnis von Versuchen der Parteien ist, bestimmte Begriffe (Schlüsselwörter) für sich zu besetzen. So begibt sich der Autor auf die Suche nach solchen Schlüsselwörtern, anhand deren Häufigkeit in verschiedenen Phasen der Bundesrepublik einen Sprachwandel nachzeichnen möchte. Als Material für die Suche dienen ihm 46 Reden beziehungsweise Erklärungen im Bundestag von Spitzengruppenkern, das heißt hier von Bundeskanzlern, Partei- und Fraktionsvorsitzenden sowie Bundesministern. Die Reden werden auf vier Phasen verteilt (1949 bis 1966, 1966 bis 1969, 1969 bis 1982 und 1982 bis 1998) und hinsichtlich dreier Themenbereiche (Deutschlandpolitik, Außen- und Verteidigungspolitik sowie Innen- und Gesellschaftspolitik) untersucht. Leider geht der Verfasser nicht weiter darauf ein, warum er gerade diese Reden im Bundestag und genau die genannten Themen für seine Analyse ausgewählt hat. Natürlich lassen sich unterschiedliche Schwerpunkt begriffe für die einzelnen Phasen finden, aber deuten diese allein schon auf das umfassendere Phänomen Sprachwandel hin? Hätten andere Debattenformen im Bundestag unterschiedlichen Sprachgebrauch vielleicht viel plastischer erkennen lassen? Zumindest eine Einordnung der untersuchten Texte zu einer bestimmten Textsorte und ein Nachdenken darüber, inwiefern sich daran Sprachwandel ablesen lasse, hätten weiterhelfen können zu verstehen, warum diese Wahl getroffen wurde.

Problematisch erscheint auch die Prämisse, Politikwechsel habe Wandel im Sprachgebrauch zur Folge. Hier wird eine Kausalität behauptet, die in ihrer Gradlinigkeit nicht zu überzeugen vermag. Wie *Shrouf* selbst zum Ende seiner Arbeit schreibt, lässt sich zeigen, „dass Zeiten politischen Umbruchs von inhaltlichen Veränderungen des politischen Vokabulars antizipiert wurden“ (S. 294), also dem Politikwandel vorangehen können. Sicher ist das Beziehungsgeflecht von sprachlichen und politischen Veränderungen schwierig zu entwirren, doch sollte es wenigstens thematisiert und reflektiert werden, statt von vornherein für eine bestimmte Reihenfolge zu optieren. Im Übrigen zitiert der Autor selbst *Sergej L. Rubinstein*, der zu bedenken gab: „In der Sprache formulieren wir den Gedanken, und indem wir ihn formulieren, formen wir ihn auch. Die Sprache ist mehr als das äußere Werkzeug des Gedankens. Sie ist im Prozeß des Denkens als Form, die mit seinem Inhalt verbunden ist, mitenthalten.“¹

Der Autor widmet sich im ersten Kapitel kenntnisreich theoretischen Überlegungen. Er definiert die Sprache der Politik als besondere Sprache, die Inhalte verschiedener Fachsprachen integriert und mithilfe einer Alltagssprache diese an die Öffentlichkeit vermittelt (S. 13). Des Weiteren beschäftigt er sich mit der Metapher des Begriffe-Besetzens, die zuerst *Kurt Biedenkopf* auf einem CDU-Parteitag 1973 verwendet hatte. *Shrouf* geht auf Schlüsselwörter ein, insbesondere auf den Kampf um sie, der auf der Ausdrucks- oder Inhaltsseite ausgetragen werden kann. Im ersten Fall geht es um eine Bezeichnungskonkurrenz (wie soll ein Sachverhalt bezeichnet werden?), im zweiten um Bedeutungskonkurrenz (welche Bedeutung soll ein Wort tragen?).

Dem theoretischen Teil folgt im zweiten Kapitel die empirische Analyse. Hier werden für jede der vier Phasen die Schlüsselwörter der Deutschlandpolitik, der Außen- und Verteidigungspolitik sowie der Innen- und Gesellschaftspolitik aufgeführt, die in den ausge-

¹ *Sergej L. Rubinstein*, Sein und Bewußtsein: die Stellung des Psychischen im allgemeinen Zusammenhang der Erscheinungen in der materiellen Welt, bearbeitet und in deutscher Sprache herausgegeben von *Hans Hiebsch*, Berlin 1971, S. 150 (hier zitiert nach *A. Naser Shrouf*, S. 45).

wählten Reden am häufigsten genannt wurden. Tabellarische Übersichten geben jeweils genaue Auskunft über die zehn häufigsten Schlüsselwörter in einer Rede. Nachdem er diese Daten chronologisch entsprechend der vier Phasen ausgewertet und zusammengefasst hat, betrachtet der Autor die Ergebnisse nach thematischen Aspekten und fragt zum Beispiel, wie oft die Territorialbezeichnung DDR über die Jahrzehnte hinweg von den verschiedenen Parteien benutzt wurde (S. 241) oder welchem Wandel zentrale Grundwertwörter der Innen- und Gesellschaftspolitik wie Demokratie, Freiheit, Gleichberechtigung etc. bei der CDU/CSU (S. 274) oder bei der SPD (S. 275) im gesamten Untersuchungszeitraum unterlegen waren.

In diesen zwei Auswertungsabschnitten (2.2. und 2.3.) liegen die Stärken der Publikation. Hier lassen sich Begriffskarrieren nachvollziehen, interessante Details finden, und manches regt an, Vergleiche zur heutigen Großen Koalition zu ziehen. So stellt *Shrouffest*, dass die FDP als erste Fraktion im Bundestag 1969 die Bezeichnung DDR ohne Anführungszeichen nutzte (in einer Rede *Walter Scheels* vom 25. April 1969; hier S. 128). In der Großen Koalition von 1966 bis 1969 waren SPD und CDU bemüht, bestimmte Grundwertwörter häufig zu verwenden und für sich in Anspruch zu nehmen. Trotz abgekühlter Fronten sei der semantische Kampf damals weiter gegangen (S. 147). Und die Vokabel Reform hat ihre Karriere in der ersten sozialliberalen Koalition (nach zarten Anfängen zuvor) begonnen und findet sich weiterhin auf dem Tableau.

Die Zusammenfassung bildet leider nur das Anhängsel der empirischen Analyse (2.4.) und kein eigenständiges Kapitel. Hier zeichnet *A. Naser Shrouf* die vier behandelten Phasen noch einmal kurz nach und führt verschiedene Formen von Veränderungen in der Sprache auf. Zudem kehrt er zurück zu den Ursachen für Wandel in der Sprache der Politik und landet nun unter anderem bei zwei vollkommen neuen Faktoren, den Medien und den organisierten Interessen, die in der gesamten Arbeit keine wesentliche Rolle gespielt haben.

Der Autor hat eine gut sortierte und akkurate Arbeit vorgelegt. Die empirische Analyse besticht in ihrer Genauigkeit und Ausführlichkeit. Das Lesen über prägende Begriffe einzelner Jahrzehnte der Bundesrepublik gibt Denkanstöße und lässt über heutige Konjunkturen von bestimmten Wörtern und dem Verschwinden anderer nachdenken. In diesem Sinne bereitet die Publikation eine anregende Lektüre. Zweifel am generellen Untersuchungsdesign bleiben jedoch. Eine längere Reflexion der Themenstellung und damit zusammenhängender Probleme sowie eine stärkere Verbindung des theoretischen mit dem empirischen Teil hätten den wissenschaftlichen Ertrag dieser Arbeit gesteigert.

Franziska Höpcke